



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Lars Drebold, Birgit Heine,
Kathrin Kortmann
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (9:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 25. Februar 2016

Persönliche Erklärung zum Asylpaket II

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

heute hat der Deutsche Bundestag das sogenannte Asylpaket II beschlossen, das seit November 2015 zwischen den Koalitionsparteien kontrovers diskutiert worden ist. Das Paket beinhaltet vor allem die Errichtung besonderer Aufnahme-Einrichtungen für Menschen mit geringer Bleiberechtsperspektive aus sicheren Herkunftsstaaten. In diesen Zentren sollen die Asylverfahren möglichst innerhalb von drei Wochen abgeschlossen sein. Darüber hinaus sind - auch vor dem Hintergrund der Silvester-Ereignisse von Köln - die Hürden für Ausweisungen straffällig gewordener Ausländer gesenkt worden. In der Öffentlichkeit wurde vor allem die Frage des Familiennachzugs heftig diskutiert, der für zwei Jahre für subsidiär Schutzberechtigte ausgesetzt werden soll. Diesbezüglich waren gerade die unbegleiteten Minderjährigen Gegenstand der medialen Berichterstattung.

Das Beispiel des Familiennachzugs zeigt die ganze Problematik der aktuellen Diskussion: CDU/CSU suggerieren, man könne mit den Maßnahmen zum Familiennachzug den Zuzug von Flüchtlingen drastisch stoppen. Auf der anderen Seite wird der Politik inhumanes Handeln vorgeworfen. Beide Sichtweisen halte ich für unzutreffend.

Im vergangenen Jahr wurden ca. 1.700 Menschen als subsidiär schutzbedürftig eingestuft, so dass es sich im Vergleich zu den aktuellen Flüchtlingszahlen um eine äußerst geringe Anzahl (105 davon minderjährig) handelt. Den Status eines/r subsidiär Schutzbedürftig/en bekommt man nur, wenn kein Asylrechtsanspruch oder kein Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention gewährt wird, da innerhalb des Heimatlandes z.B. noch sichere Gebiete vorhanden sind. Fast alle Länder gewähren den subsidiär Geschützten deshalb grundsätzlich kein Recht auf Familiennachzug, da die Schutzbedürftigkeit und vor allem die Bleiberechtsperspektive nur eingeschränkt anerkannt werden. Auch in Deutschland galt dies bis vor kurzem. Zudem sollte an dieser Stelle auch festgehalten werden, dass die Verfahren auf Familiennachzug ohnehin im Durchschnitt eineinhalb Jahre dauern. Nicht unberücksichtigt lassen kann man des Weiteren die Hinweise von Hilfsorganisationen, wonach die Schleuser gerade Minderjährige im Visier haben, um dann den Familiennachzug zu organisieren. Bei den Minderjährigen beinhaltet das Gesetz nun noch eine



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Härtefallregelung, wengleich natürlich die Frage berechtigt ist, ob ein Minderjähriger ohne Eltern nicht grundsätzlich ein Härtefall ist. Leider ist eine entsprechende Differenziertheit in der Debatte nicht festzustellen.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

es ist äußerst schwierig, in einer Großen Koalition mit so gegensätzlichen Vorstellungen die richtigen Antworten auf eine der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit zu geben. Und doch: Wenn wir den Populisten nicht das Feld überlassen wollen, sind CDU/CSU und SPD verpflichtet, Antworten auf die aktuell dringlichen Fragen zu entwickeln. Ergebnis sind meistens Pakete, die die unterschiedlichen Vorstellungen abbilden.

Ich habe dem Asylpaket II heute zugestimmt, da ich vor allem die Verfahrensbeschleunigung bei Menschen mit geringer Bleiberechtsperspektive für erforderlich halte. Zudem hat die SPD im Rahmen des Asylpaktes II Erleichterungen für Flüchtlinge durchgesetzt, wenn es bspw. um die Möglichkeit der Aufnahme von Ausbildungen geht.

Deutschland beweist aktuell wie fast kein anderes Land Hilfs- und Aufnahmebereitschaft. Insoweit ist es geboten, vor allem zwischen wirklich Schutzbedürftigen und Menschen mit geringer Bleiberechtsperspektive zu unterscheiden. Es gilt nun endlich, den Vollzug längst beschlossener Gesetze zu gewährleisten. Dies ist vor allem die Aufgabe des Bundesinnenministers. Darüber hinaus gilt es, den Schwerpunkt nun endlich auf den Bereich der Integration zu legen.

Auch um dieser Tatsache gerecht zu werden, habe ich als Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion erklärt, dass wir künftig das Prozedere immer neuer Forderungen nach populistischen Maßnahmen von Seiten der CSU/CDU nicht weiter mitmachen werden, sondern zukünftig vor allem auf Integrationspakete pochen werden, die Förderungen u.a. in den Bereichen Bildung, Sprache, Wohnungsbau und Gesundheit zum Gegenstand haben. Daher füge ich das aktuelle Positionspapier der Parlamentarischen Linken dieser Persönlichen Erklärung bei.

Endlich gibt es auch zwischen Bund und Ländern Bewegung in der Frage der Flüchtlingspolitik. Ich hoffe, dass in den kommenden Wochen gerade auch für die Kommunen und damit vor allem den vielen Helferinnen und Helfern gute Entscheidungen übermittelt werden können.

Eines der Grundprobleme ist, dass CDU/CSU und die Kanzlerin an sich eine wirkliche „Einwanderung“ und Integration nicht beabsichtigen, sondern allenfalls ein „Bleiberecht auf Zeit“ verleihen wollen. Das wird nach meiner festen Überzeugung nicht funktionieren, wengleich sicher viele Menschen auch in ihre Heimat zurückkehren wollen. Ich möchte die Herausforderungen und Probleme nicht verschweigen. Gleichzeitig sehe ich aber auch eine



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

große Chance, bei einer guten, funktionierenden Integrationspolitik, der bisher vorhergesagten demografischen Entwicklung entgegensteuern zu können, was letztlich einen Gewinn für alle in Deutschland lebenden Menschen bedeuten könnte.

Daneben setze ich weiter auf internationale Lösungsansätze, wenngleich die aktuellen Berichte über die Vorgänge innerhalb der Europäischen Union natürlich viele Fragen aufwerfen. Ich gehe dennoch davon aus, dass es eine „Allianz der Willigen“ innerhalb der EU geben wird, die eine Regelung für die europäischen Außengrenzen und vor allem auch verbesserte Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen vorantreiben wird. Die nächsten Wochen werden hoffentlich diesbezüglich Fortschritte bringen.

Soviel wieder als Darlegung meiner persönlichen Sichtweise. Ich freue mich über Anmerkungen und Anregungen.

Herzliche Grüße!

Ihr/Euer Matthias Miersch MdB